

EZB senkt den Leitzins wegen Rezessionsgefahr

ppl. FRANKFURT, 3. November. Die Europäische Zentralbank hat am Donnerstag den wichtigsten Leitzins von 1,5 auf 1,25 Prozent gesenkt, obwohl die Inflationsrate zuletzt drei Prozent betrug. Der neue Präsident der EZB, Mario Draghi, erklärte den Zinsschritt mit Verweis auf eine drohende „milde Rezession“ im Euroraum zum Jahresende. Die Inflationsrate werde im Verlauf des nächsten Jahres wieder unter zwei Prozent fallen. Niedrigere Zinsen können die Wirtschaft beleben. Zuletzt deuteten viele Indikatoren auf eine Abschwächung der Konjunktur hin. Draghi, der zuvor italienischer Notenbankchef war, rief die hochverschuldeten Staaten der Eurozone auf, ihre Haushalte in Ordnung zu bringen und Strukturereformen für Wachstum durchzuführen. Die EZB-Käufe von Staatsanleihen für inzwischen mehr als 170 Milliarden Euro verteidigte Draghi als eine geldpolitisch notwendige Maßnahme. Zu Aussagen von Politikern über ein mögliches Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro sagte Draghi: „Das steht nicht in den Verträgen.“ (Siehe Wirtschaft, Seite 13.)

Heute

Starker Nordstrom

Siebeneinhalb Jahre haben Planung und Bau der Ostseegaspipeline von Russland in die EU gedauert. Das Gehirn von Nord Stream sitzt in der Schweiz. **Wirtschaft, Seite 12**

Steuerstreit dauert an

Am Sonntag tritt der Koalitionsausschuss zusammen. Tiefgreifende Differenzen gilt es zu beseitigen. Aber die Führungen von CDU, CSU und FDP wollen nicht nur über Steuererhöhungen sprechen. **Politik, Seite 4**

Grüne Freiheit

Der Erfolg der Piratenpartei in Berlin hat die Grünen aufgeschreckt. Netzpolitische Avantgarde sind sie nicht mehr, und als Mitmacherpartei gilt jetzt die neue Konkurrenz. Eine Herausforderung? **Politik, Seite 5**

Der deutsche Aktienmarkt

Zahlreiche deutsche Unternehmen erzielen Rekorde bei Absatz und Gewinn, höhere Dividenden sind zu erwarten. Aber den meisten Anlegern fehlt Vertrauen. Eine neue Rubrik. **Finanzmarkt, Seite 23**

Unfall als Weckruf

Torrad-Pilot Stefan Bradl steht vor dem Gewinn des WM-Titels. Den Unfall seines Kollegen Simoncelli kann er nicht vergessen. Er redet über Beschleunigung und fehlende Knautschzonen. **Sport, Seite 30**

Mehrheitsnationalismus

Die D-Mark wurde abgeschafft, weil sie zu stark war. Daran sollte man in der EU-Krise erinnern. Der Philosoph Hermann Lübbe tut das und liest den Mächtigen-Europäern die Leviten. **Feuilleton, Seite 31**

Im Windschatten

Die Immobilienbranche reagiert sehr sensibel auf die Kreditvergabe der Banken. Nach dem jüngsten EU-Gipfel macht sich deshalb Angst vor Finanzierungslücken breit. **Immobilienmarkt, Seite 37**

Mitteilung des Verlags:

Immobilien- und Beteiligungsanzeigen auf den Seiten 38 bis 40
14 Seiten Verlagsbeilage „Nachhaltigkeit“

Tanzen? Sagtest du tanzen?



Der letzte Sirtaki - Man braucht ja schon unter normalen Umständen ein sonniges Gemüt, um dagegen gefeit zu sein, dass sich der trübe November wie Mehltau auf die grünen Auen der Seele legt und man vor Selbstvorwürfen und Selbstbeschimpfungen weder ein noch aus weiß. Da braucht

es keine aberwitzigen griechischen Schuldenberge oder politischen Kapriolen, um sich die Laune vermiesen zu lassen. Und dass Griechen nicht nur aus Brüssel, sondern auch aus dem Scheitern Honig saugen wie Alexis Sorbas, hebt ebenso wenig die Stimmung wie die **Seiten 2 und 3**. Foto Actionpress

Doch kein Referendum in Griechenland

Papandreou lobt Opposition / Euro-Staaten auf einen Austritt Athens vorbereitet

tens/wmu. ATHEN/CANNES, 3. November. Der griechische Ministerpräsident Papandreou hat am Donnerstag nach einem Treffen mit seinem Kabinett die Ankündigung zurückgezogen, ein Referendum über seine Sparpolitik abzuhalten und stattdessen Gespräche mit Oppositionsführer Samaras über die Bildung einer Übergangsregierung angekündigt. Er sagte sinngemäß, das Referendum sei zu keinem Zeitpunkt ein Selbstzweck gewesen, sondern habe nur dazu gedient, die Hauptoppositionspartei Nea Dimokratia (ND), deren Chef Samaras sich bisher einer Zusammenarbeit verweigerte, ins Boot zu holen. Papandreou lobte die ND, da sie sich nunmehr bereit erkläre, das am 27. Oktober ausgehandelte Lösungspaket für Griechenland mit einem Schuldenerlass von

50 Prozent zu unterstützen. Wenn die Opposition bereit sei, das Paket im Parlament zu unterstützen, müsse auch kein Referendum abgehalten werden. Zuvor hatten sich die Euro-Staaten erstmals ausdrücklich auf den Austritt Griechenlands aus der europäischen Währungsunion vorbereitet. „Wir sind gewappnet“, sagte Bundeskanzlerin Merkel am Rande des G-20-Gipfeltreffens in der Nacht zum Donnerstag in Cannes. Vorausgegangen waren Krisenberatungen europäischer Spitzenpolitiker und des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Papandreou. Frau Merkel sagte in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy, es sei die einhellige Meinung der Runde gewesen, dass die griechischen Bürger über den

Verbleib ihres Landes im Euroraum abstimmen müssten, sollte das zunächst für Anfang Dezember geplante Referendum zu Stande kommen. „Die griechischen Bürger müssen entscheiden, ob sie in der Eurozone bleiben wollen oder nicht“, sagte Frau Merkel. Die internationalen Kreditgeber Griechenlands - der IWF und die Euro-Staaten - beschlossen zugleich, die ursprüngliche für die kommenden Tage geplante Auszahlung der nächsten Kredittranche für Athen einzufrieren. In Cannes hieß es, der griechische Staat könne sich wohl bis Mitte Dezember - also bis nach dem derzeit geplanten Termin eines Referendums - finanzieren. (Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2; siehe Seite 3 sowie Wirtschaft, Seiten 11 und 12.)

Wachsende Spannungen zwischen Iran und Israel

Teheran droht mit „Apokalypse“ / In Jerusalem Diskussionen über Militärschlag

hcr/Lt. JERUSALEM/LONDON, 3. November. Iran hat Israel für den Fall eines Angriffes mit Konsequenzen in „apokalyptischem“ Ausmaß gedroht. Eine entsprechende Warnung veröffentlichte das iranische Staatsfernsehen am Donnerstag auf seiner Internetseite. In Israel wird seit Tagen über einen möglichen Angriff auf iranische Atomanlagen diskutiert. Laut Presseberichten versuchten Ministerpräsident Netanjahu und Verteidigungsminister Barak, im Kabinett Zustimmung für einen Militärschlag zu gewinnen. Mehrere Minister seien aber dagegen, hieß es. Vor dem Hintergrund dieser wachsenden Spannungen berichtete die britische Zeitung „Guardian“ am Donnerstag unter Berufung auf ungenannte Quellen im Londoner Verteidigungsministerium, die mili-

tärische Führung bereite sich darauf vor, den Vereinigten Staaten im Fall eines Militärschlags gegen Iran beizustehen. Zudem hat Iran laut „Guardian“ offenbar die Fähigkeiten zurückgewonnen, die im vergangenen Jahr durch den Einsatz des Computervirus Stuxnet in iranischen Nuklearanlagen gestört worden waren. Unter Berufung auf einen anderen Beamten der britischen Regierung heißt es, Iran werde binnen der kommenden zwölf Monate sämtliche wichtigen Elemente zur weiteren Verfolgung seines Atomwaffenprogramms in befestigte Anlagen unter der Erde verlegt haben. Der israelische Verteidigungsminister Barak reiste am Donnerstag zu Gesprächen nach London. Zuvor soll der britische Generalstabschef in Israel gewesen sein. Barak verkündete zudem den erfolg-

reichen Test einer Jericho-3-Rakete, die einen nuklearen Sprengkopf transportieren kann und Iran problemlos erreichen könnte. Außerdem teilte die israelische Armee mit, dass die israelische Luftwaffe ein Manöver auf Sardinien abgeschlossen habe. Dort hätten F-16-Kampfflugzeuge zusammen mit westlichen Verbündeten Angriffe auf weit entfernte Ziele sowie Luftbetankung geübt. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) soll kommende Woche einen neuen Bericht zum iranischen Atomprogramm vorlegen. Es wird erwartet, dass darin detaillierter als bisher dargelegt wird, dass das iranische Atomprogramm nicht zivilen Zielen diene, wie von Teheran behauptet, sondern militärischen. (Siehe Seite 6, Kommentar Seite 10.)

Markus Söder gewinnt Machtkampf in der CSU

ff.MÜNCHEN, 3. November. In der CSU hat der bisherige bayerische Umweltminister Markus Söder den Machtkampf um die Nachfolge des Finanzministers Georg Fahrenschon für sich entschieden. Söder gilt damit als aussichtsreicher Bewerber für die Nachfolge des Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer, der allerdings zur Landtagswahl 2013 antreten will. Seehofer besetzte am Donnerstag weitere Positionen in seinem Kabinett um. (Siehe Seiten 4 und 10.)

Tote in Syrien trotz Friedensplan

Her. KAIRO, 3. November. Das syrische Regime geht weiter mit Gewalt gegen die eigene Bevölkerung vor, obwohl es erst am Mittwoch den Friedensplan der Arabischen Liga akzeptiert hatte. Nach Angaben einer Menschenrechtsgruppe töteten Soldaten in der Protesthochburg Homs mindestens 20 Zivilisten. Die Regierung sprach von dreizehn toten Soldaten. Die Opposition rief angesichts der Repressionen dazu auf, die friedlichen Massenproteste fortzusetzen. (Siehe Seite 6.)

Rocker nach tödlichen Schüssen freigesprochen

Mü. FRANKFURT, 3. November. Der Bundesgerichtshof hat einen Rocker der „Hells Angels“ freigesprochen, der vor anderthalb Jahren durch seine Wohnungstür einen tödlichen Schuss auf einen Polizisten abgegeben hatte. Der Mann habe sich von Mitgliedern des realisierenden Rockerclubs „Bandidos“ bedroht gefühlt und in „Putativnotwehr“ gehandelt. Die Gewerkschaft der Polizei und die Deutsche Polizeigewerkschaft kritisierten das Urteil. (Siehe Deutschland und die Welt.)

Ein Tabu ist gefallen

Von Klaus-Dieter Frankenberger

Seit Beginn der Staatsschuldenkrise gab es mehr als ein Dutzend Gipfeltreffen; immer größere Hilfspakete wurden geschnürt, für Griechenland, für Irland und Portugal. Weit wurden die europäischen Verträge dabei ausgelegt; die Europäische Zentralbank wurde zum Kauf italienischer und spanischer Staatsanleihen gedrängt. Den Ländern, die Hilfe in Anspruch genommen haben, wurde eine anstrengende Therapie verordnet; sie sind unter Kuratel gestellt worden, ihre haushaltspolitische Souveränität ist faktisch suspendiert. Eines wurde aber bis jetzt, mit einer Ausnahme, und die gab es im Deutschen Bundestag, nicht in Frage gestellt: dass die überschuldeten Mitglieder der Eurozone auch künftig, was immer geschehe, der Währungsunion angehören würden. Austritt oder Ausschluss - das war ein Tabu. Dass die Verträge weder das eine noch das andere vorsehen, war dabei noch der geringste Hinderungsgrund.

Dieses Tabu gibt es nicht mehr. Die Bundeskanzlerin, der französische Präsident und der luxemburgische Chef der Euro-Gruppe schließen nicht mehr aus, was vor kurzem nicht einmal gedacht werden durfte: dass Griechenland die Währungsunion verlässt, wenn es die Verabredungen zur Haushaltsanierung nicht einhalten kann oder nicht einhalten will. Frau Merkel, Sarkozy und Juncker sind offenkundig mit ihrer Geduld am Ende. Ihnen ist die Zwangslage der Regierung in Athen klar, sie unterschätzen auch keineswegs, was der griechischen Bevölkerung zugemutet werden soll. Ihnen sitzen aber auch die eigenen Wähler im Nacken. Vor allem haben sie sich, mehr als einmal, oft mit großem rhetorischen Aufwand, dazu verpflichtet, den Euro stabil zu halten und die Währungsunion vor Schaden zu bewahren und zusammenzuhalten. Die griechische Dauerkrise ist dabei, diese Verpflichtung ins Leere laufen zu lassen.

Oder war alles nur Taktik? Vermutlich haben Frau Merkel und Sarkozy gegenüber dem griechischen Ministerprä-

sidenten die Folgen eines negativen Ausgangs eines Referendums zugespitzt als Drohung eingesetzt, um Athen noch einmal vor Augen zu führen, worum hier gespielt wird. In jedem Fall war ihr Einsatz dramatisch hoch. Denn die wirtschaftlichen wie politischen Folgen, die es hätte, wenn ein Euro-Land die Zone verließ, wären unvorhersehbar und unberechenbar. Die Rechnung wäre auch für die verbleibenden Mitglieder der Euro-Gruppe hoch, einschließlich der potentiellen Ansteckungsgefahr und der Suche der Märkte nach weiterer Beute.

Die Europäer schließen nicht mehr aus, dass Griechenland die Eurozone verlassen muss.

Unabhängig davon, welche Kapriolen die Athener Politik noch schlagen wird, und unabhängig davon, ob der (unabwendbare) Tabubruch mehr zur Einschüchterung diene, so hat die Europapolitik doch Neuland betreten. Fortan dürfte es nicht mehr nur heißen: immer mehr Mitglieder, immer mehr Kompetenzen für die EU. Fortan ist auch der Rückbau von Institutionen und Aufgaben nicht mehr ausgeschlossen, entweder weil es Wähler so wollen oder weil es sachliche Widersprüche und Unvereinbarkeiten gibt, welche die bisherige Methode einfach nicht aufzulösen vermag. Die Gefahr, die darin liegt, ist offenkundig. Gerät etwas ins Rutschen, kann es schnell keinen Halt mehr geben. Ohnehin macht das große Projekt Europa, dieses einzigartige Unternehmen, Frieden und Wohlstand unter gemeinsamer Souveränitätsausübung kooperativ zu organisieren, eine große Vertrauenskrise durch. Vielleicht ist jetzt die Zeit, um radikale Zeichen zu setzen, mit dem Ziel, das große Ganze vor noch größerem Schaden zu bewahren.

Griechisch Roulette

Von Michael Martens

Papandreou muss da etwas missverstanden haben: Der Sinn eines Befreiungsschlags ist es nicht, sich selbst K.o. zu schlagen. Dieses Kunststück hat Papandreou aber vollbracht. Seine Ankündigung, er werde das griechische Volk über den Sparkurs abstimmen lassen, hat Freund und Feind gegen ihn aufgebracht - die ausländischen Geldgeber, die zum Teil heuchlerischen Oppositionsführer in Athen, vor allem aber große Teile der eigenen Partei und sogar seinen Stellvertreter Venizelos. Der mochte Papandreous Einladung, russisches Roulette mit Griechenlands Zugehörigkeit zur Eurozone zu spielen, nicht folgen.

Außerdem waren immer weniger Politiker der Regierungspartei Pasok bereit, sich der Wut der griechischen Bürger weiter allein entgegenzustellen. Sie bevorzugten eine Übergangsregierung aus möglichst vielen Parteien und eine vorgezogene Parlamentswahl. Die Basis der Pasok ist immer noch erschüttert von den Ereignissen des Nationalfeiertags am 28. Oktober, als Minister, Abgeordnete, Bürgermeister und andere Pasok-Politiker landauf, landab geschmäht und in einigen Fällen tätlich angegriffen wurden. Die Wut richtete sich nicht allein gegen Repräsentanten der Regierungspartei, sondern gegen Politiker schlechthin. Auch konservative und kommunistische Abgeordnete werden attackiert. In Thessaloniki musste erstmals in der griechischen Nachkriegsgeschichte die Militärparade zum 28. Oktober abgesagt werden. Nachdem er als Verräter beschimpft worden war und die Ehrentribüne verlassen musste, warnte ein konsternierter Staatspräsident Papoulias seine Landsleute davor, demokratische Rechte mit Füßen zu treten. Dieser Satz gilt auch für Papandreous Plan eines Referendums. Die heftige Kritik daran mag wie eine Unterwerfungsgeste der Politik unter die anonyme Macht der Märkte aussehen. Was kann schließlich verwerflich daran sein, die Griechen zu einer Politik zu befragen, deren Verwirklichung ihr Dasein schmerzhaft bestimmen wird?

Sollte man sie nicht endlich in die Pflicht nehmen und ihnen die Last der Entscheidung aufbürden? Doch wer sich in die Details vertieft, sieht ein anderes Bild. Es war nicht ein Mangel an Demokratie, sondern ihr Missbrauch, durch den sich Wähler und Gewählte Griechenlands über Jahre hinweg in ihre missliche Lage manövriert haben. Die Wähler wollten mehr Geld, und die Bewerber versprochen es ihnen, um gewählt oder wiedergewählt zu werden. Wer ausscherte aus dieser Allianz gegenseitigen Selbstbetrugs zwischen Politikern und Bürgern, wie Pa-

Papandreou hat Freund und Feind gegen sich. Athen steht nun auch vor dem politischen Bankrott.

andreous Vorgänger Simitis mit dem Versuch einer Rentenreform, wurde abgewählt. Es war ausgerechnet Simitis' Nachfolger Karamanlis, über dessen Wirken sich ansonsten nicht unmaßig viel Gutes sagen lässt, der vor Volksabstimmungen warnte. Nicht alle Fragen seien für Referenden geeignet, sagte er im Jahr 2006 in einem Gespräch mit dieser Zeitung. Die Entscheidung in Referenden hänge stets von Faktoren ab, die mit dem Kern der Sache nichts zu tun hätten.

Diese alte Erkenntnis gilt auch für eine Abstimmung über die Frage, ob Griechenland in der Eurozone bleiben soll. Ein Referendum darüber wäre von der Wut der Griechen auf ein System überlagert worden, das immer mehr an Rückhalt verliert. Nach seinem Wahlsieg im Herbst 2009 sprach Papandreou davon, dass Griechenland vor allem eine Glaubwürdigkeitskrise zu bewältigen habe. In den kommenden Wochen müssen die Athener Parteiführer unter Beweis stellen, dass sie den politischen Bankrott des Landes gemeinsam abwenden können. Zu den Erfolgsaussichten würde man gern das Orakel von Delphi befragen, wenn es nicht gerade streikt.



Briefe an die Herausgeber	9	Zeitgeschehen	10	Branchen und Märkte	19	Sport	29
Immobilienmarkt	37	Wirtschaft	11	Wetter	20	Feuilleton	31
Deutschland und die Welt	7	Menschen und Wirtschaft	12	Finanzmarkt	21	Medien	35
Das Kreuzworträtsel	8	Unternehmen	15	Kurse	24	Fernsehen und Hörfunk	36

STREIFZÜGE

Hamburg

Selbstbestimmt, bis die Polizei kommt

Es sind elf Bauwagen, die im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg am Ernst-August-Kanal stehen. Die kleine Siedlung hat sogar einen Namen: Zomia. Die Wagen stehen dort seit einem knappen Jahr. Fünfzehn junge Leute wohnen darin. Sie haben in den vergangenen Monaten ihr Zusammenleben immer besser organisiert – bis hin zu den hygienischen Bedingungen. Allerdings ist die Siedlung illegal. Das Bezirksamt Mitte, dessen Leiter der Sozialdemokrat Markus Schreiber ist, hat mehrfach darauf aufmerksam gemacht. Demnächst soll geräumt werden, die letzte Frist für eine Einigung ist verstrichen: „Die Anordnung der sofortigen Vollziehung wird jetzt zugestellt.“

Die Mieten in Hamburg sind hoch. Immer wieder gibt es deshalb Versuche alternativer und preiswerter Lebensformen.

Die jungen Leute in Wilhelmsburg sind antikapitalistisch eingestellt und wollen ein „experimentelles und selbstbestimmtes Leben fernab von kapitalistischer und leistungsökonomischer Verwertung“, wie sie selbst schreiben. Anderswo, in Altona etwa, sind Bauwagenplätze genehmigt. In Wilhelmsburg aber scheint der Streit über die Räumung nunmehr zu eskalieren. Denn inzwischen ermittelt die Polizei. Die Bauwagenbewohner sollen zu Straftaten aufgerufen haben, heißt es. Anlass sei eine im Internet veröffentlichte Karte mit Anschlagzielen in dem Stadtteil. Auf der Karte seien unter anderem Bankfilialen, Immobiliengeschäfte, Polizei- und Feuerwachen sowie SPD-Stadteilbüros eingezeichnet. Auch ICE- und S-Bahn-Trassen seien markiert. Zugleich werde für den Fall einer Räumung des besetzten Geländes harter Widerstand angekündigt: „Am Tag der Räumung werden wir die Polizei mit allen Mitteln bekämpfen.“

Die Hamburger Polizei spricht von einer „neuen Qualität der Radikalisierung“. So etwas sei der Staatsschutzabteilung bislang nicht bekannt gewesen, sagte eine Sprecherin. Der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Antje Grote, der im Bauwagen-Streit versucht hatte zu vermitteln, sagte jetzt: „Es gibt eine Gruppe, die keine Lösung will, sondern nur Eskalation. Sie missbraucht die Debatte für einen grundsätzlichen Kampf gegen das System.“ FRANK PERGANDE

Wagenburg Zomia

Der Kampf um den Euro Krisengespräche in Cannes, Athen und Rom

Italienische Verhältnisse in Italien

In Rom tut Berlusconi das, was er schon immer getan hat: Er versucht, Zeit zu gewinnen.

Von Tobias Piller

ROM, 3. November. Für Silvio Berlusconi wird die Situation immer unangenehmer: Sein Ministerrat scheint zerstritten. Die knappe Mehrheit im Abgeordnetenhaus scheint zu zerbröseln und Staatspräsident Napolitano ist es gelungen, den Ministerpräsidenten noch ein wenig mehr in die Ecke zu treiben. Berlusconi musste daher mit leeren Händen zum G-20-Treffen nach Cannes fliegen. Eine Woche zuvor, beim Gipfel der Regierungschefs in Brüssel, wollte Berlusconi schon einmal mit einem Paket von Reformbeschlüssen anreisen, doch war auch daraus nur ein marges Briefchen geworden. Nun hatte Berlusconi versucht, vor der Abreise nach Cannes einen ersten Teil der im Brief versprochenen Reformen in die Form eines – sofort wie ein Gesetz wirkenden – Regierungsdokuments zu gießen, doch kam er schließlich wiederum bloß mit neuerlichen Versprechen nach Frankreich.

Nun will Berlusconi einen ersten Teil der Wirtschaftsreformen für mehr Wachstum in Italien als Änderungsantrag für das Haushaltsgesetz präsentieren. Der soll am Montag im Haushaltsausschuss des Senats eingebracht werden und später mit der Vertrauensfrage verbunden werden. Für die Zeit danach hat Berlusconi ein Gesetzesdekret angekündigt, das im Parlament erst nachträglich gebilligt werden muss sowie Gespräche mit den Gewerkschaften über eine Reform des Arbeitsrechts.

Der Brief mit der Ankündigung von Reformen sollte den Eindruck vermitteln, Berlusconi Regierung verfolge nun die Mission, das Land zu retten. Auch wollte Berlusconi sich mit dem Brief die Möglichkeit offenhalten, im Falle eines Absturz Schuldige auszumachen. Nach fünf Wahlkämpfen und neun Regierungsjahren voll glänzender Verheißungen, könnte Berlusconi für den Fall, dass er gestürzt würde aus seinen brieflichen Versprechen sogar ein neues Wahlprogramm präparieren.

Dass Berlusconi überhaupt einen Brief mit anspruchsvollen Reformvorhaben durch den Ministerrat bringen konnte, erschien vor einer Woche als Zeichen seines Überlebenswillens. Bereits wenige Tage später steht er aber nun wieder kraftlos da, nachdem er darangehen wollte, erste Versprechen zu verwirklichen. Im Kabinett sieht sich Berlusconi dem Schatzminister Tremonti gegenüber, der ihn seit langer Zeit ablösen will und ihm angeblich nun gesagt hat, das Problem Italiens trage

den Namen Berlusconi. Und da in Italien der Ministerpräsident eine schwache Stellung hat, kann Berlusconi Tremonti trotz solcher Äußerungen nicht entlassen.

Die Unruhe in Berlusconi „Volk der Freiheit“ und auch in der Lega Nord von Umberto Bossi überträgt sich ins Parlament. Vor allem im Abgeordnetenhaus wird die Lage eng. Dort nimmt Berlusconi früherer Verbündeter Gianfranco Fini nicht nur die Position eines oppositionellen Parteiführers ein, sondern gleichzeitig diejenige des Parlamentspräsidenten, der dem alten Feind gerne und subtil Niederlagen zufügt. Aus der alten Fraktion von Berlusconi Partei hatten sich zunächst einige Grüppchen abgesondert, unter Namen wie „Wir im Süden“ oder „Freiheit und Autonomie“. Danach verabschiedeten sich bekannte Abgeordnete wie Santo Versace. Nun schreiben sechs ehemalige Getreue, die bis vor kurzem noch als Fürsprecher der Regierung im Fernsehen auftraten, Berlusconi solle Platz machen für eine neue Regierung mit breiterer Mehrheit. Die Abgeordneten im Regierungslager werden immer nervöser. Dem bisher konnten die Neulinge darauf hoffen, bis 2013 zu bleiben und damit nach fünf Jahren das Recht auf eine großzügige Abgeordnetenpension zu erwerben. Wenn nun aber die Regierungsmehrheit vorher zusammenzubrechen droht, spekulieren

manche darauf, gerade noch rechtzeitig zur Opposition abzuwandern. Andererseits scheint es nicht ratsam, sich allzu weit vorzuzugewinnen, denn bei vorgezogenen Neuwahlen würden nur noch die Getreuen auf die Listen kommen.

Berlusconi versucht nun, Zeit zu gewinnen und den Rest der Welt davon zu überzeugen, dass die uneinige Opposition keine Regierung zustande bringen würde. Das Kalkül zielt darauf, dass sich Europa nicht neben Griechenland auch noch einen zweiten politischen und wirtschaftlichen Krisenherd leisten kann. Falls die Kraft nicht für Reformen reicht, will Berlusconi wenigstens bis zum Dezember aushalten, weil er dann nicht einer Übergangsregierung Platz machen müsste, sondern im Fall von Wahlen im Frühjahr selbst die Geschäfte weiterführen dürfte.

Doch nun ist auch der Staatspräsident auf den Plan getreten: Er war dagegen, dass Berlusconi mit den ihm ergebenden Ministern ein großes Reformpaket im Haukruckverfahren verabschiedete. Angeblich wollte der Präsident ein Dekret nicht genehmigen. So große Reformen könnten nicht ohne breiten Konsens geschehen, hieß es aus dem Quirinalspalast. Napolitano hat damit seinen Beitrag dazu geleistet, dass Berlusconi nun schwach aussieht und hat „informelle“ Beratungen mit den Parteiführern begonnen – fast so, als wäre die Regierung Berlusconi schon gestürzt.

Prag und Rom uneins über Prioritäten

Tschechische Diplomaten bemühen sich, den Schaden zu begrenzen, den eine Äußerung ihres Chefs über die mutmaßliche Ursache der italienischen Schuldenkrise angerichtet hat. Karel Schwarzenberg, eigentlich Karl Johannes Nepomuk Josef Norbert Friedrich Antonius Wratislav Mena Fürst zu Schwarzenberg, hatte in einem Interview mit der Prager Tageszeitung „Lidové noviny“, das sich mit der Euro-Krise und den Budgetnöten südeuropäischer Länder beschäftigte, den italienischen Reformstau beklagt. Auf die Frage, ob Italien nach Griechenland und Portugal der nächste Euro-Wahlskandidat sei, sagte Schwarzen-



Silvio Berlusconi



Karel Schwarzenberg

berg: „Es ist wahr, dass die Regierung Berlusconi schuld ist, dass sie die Reformen nicht durchgeführt hat. Leider hat Berlusconi – bittet haltet euch die Ohren zu (zu seinen

Mitarbeitern gewendet, Anmerkung der Redaktion) – die Zeit durchgefickt (tschechisch: prošovstal), statt sie für Reformen zu nutzen.“ Der italienische Botschafter sprach daraufhin im tschechischen Außenministerium vor. Nach den dortigen Angaben soll das Gespräch in äußerst freundschaftlicher Atmosphäre verlaufen sein. Beide Seiten hätten die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Italien und der Tschechischen Republik hervorgehoben. (kps.)

Kein Referendum in Griechenland Opposition jetzt für EU-Beschlüsse

Gespräche über Bildung einer Übergangsregierung

ATHEN, 3. November. Griechenlands Ministerpräsident Giorgios Papandreou hat am Donnerstag nach einem Treffen mit dem Kabinett seine Ankündigung zur Abhaltung eines Referendums über die Sparpolitik zurückgezogen und stattdessen Gespräche mit Oppositionsführer Antonis Samaras über die Bildung einer Übergangsregierung angekündigt. Er sagte sinngemäß, das Referendum sei zu keinem Zeitpunkt ein Selbstzweck gewesen, sondern habe nur dazu gedient, die wichtigste Oppositionspartei Nea Dimokratia (ND), deren Chef Antonis Samaras sich bisher einer Zusammenarbeit verweigerte, ins Boot zu holen. Papandreou lobte die ND, da sie sich nunmehr bereit erkläre, das am 27. Oktober ausgehandelte Lösungspaket für Griechenland mit einem Schuldenerlass von 50 Prozent zu unterstützen. Wenn die Opposition bereit sei, das Paket im Parlament zu unterstützen, müsse auch kein Referendum abgehalten werden. „Ich bin froh, dass diese ganze Diskussion wenigstens dazu geführt hat, viele Leute wieder zur Vernunft zu bringen“, sagte Papandreou unter Anspielung auf seinen Rivalen Samaras. Zugleich warnte er, dass Parlamentswahlen in der derzeitigen Lage „ein großes Risiko“ für Griechenland seien.

Die Opposition stellte den Verlauf der Ereignisse am Donnerstag in einem anderen Licht dar. Demnach war die Rücknahme des Referendums von Samaras zur Voraussetzung für Gespräche gemacht worden. Samaras fordert, dass in Athen eine aus Fachleuten bestehende Übergangsregierung die Verantwortung übernimmt. Sie soll die in Brüssel getroffenen Vereinbarungen zur Rettung Griechenlands im Parlament billigen. Anders als noch vor wenigen Tagen, als er angekündigt, seine Partei lehne das neue Rettungspaket für Griechenland ab und werde im Parlament dagegen stimmen, sagte Samaras am Donnerstag, dass die Maßnahmen unbedingt vom Parlament ratifiziert werden müssten. Es sei wichtig, dass Griechenland die sechs, acht Milliarden Euro umfassende Tranche der Hilfszahlungen erhalte. Danach seien „unverzüglich“ vorgezogene Parlamentswahlen abzuhalten, möglichst noch im Dezember. Die Übergangsregierung soll aus vom Staatspräsidenten eingesetzten Fachleuten bestehen. Als Kandidat für die Führung einer „technischen“ Regierung wurde am Donnerstag in Athen mehrfach Lukas Papademos genannt, der von 1994 bis 2002 Gouverneur der griechischen Nationalbank war, bevor er Vizepräsident der

Europäischen Zentralbank wurde. Papandreou hatte Lukas Papademos im Sommer den Posten des Finanzministers angeboten, doch der lehnte ab, weshalb Evangelos Venizelos das Amt übernahm.

Dass zwischen der Pasok und der Nea Dimokratia (ND) verhandelt wurde, war schon vor der Äußerung Papandreous klar, da im Laufe des Tages mehrere Pasok-Funktionäre in der ND-Parteizentrale geschickt wurden. Bereits in der Nacht zuvor hatte sich abgezeichnet, dass Papandreou Idee eines Referendums nicht an der Opposition, sondern schon zuvor an mangelnder Unterstützung in den eigenen Reihen scheitern wird. Mehrere Abgeordnete und Minister der Pasok hatten den Plan offen abgelehnt. Als sich schließlich auch noch Finanzminister Venizelos offen gegen das Referendum aussprach, war das Schicksal der Idee besiegelt. Venizelos ist Stellvertreter Papandreous als Ministerpräsident und verfügt auch in der in der Regierungspartei Pasok über großen Einfluss.

Nach seiner Rückkehr von Gesprächen mit Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy in Cannes sagte Venizelos, Griechenlands Zugehörigkeit zur Eurozone sei ein historischer Erfolg für das Land, der nicht in Zweifel gezogen werden und keinesfalls Gegenstand eines Referendums werden könne. Nachdem er sich in Cannes ein unmitttelbares Bild von der Lage in Europa und der Welt habe machen können, habe er die Pflicht, „dem griechischen Volk die ganze und simple Wahrheit zu verkünden. Wenn wir unser Land verteidigen wollen, müssen wir... die Entscheidungen (über die Rettungsmaßnahmen für Griechenland) ohne jegliche Verzögerung umsetzen. Jetzt, sobald wie möglich.“ Dies könnten die Regierung und die Pasok jedoch nicht alleine schaffen, fügte Venizelos hinzu. „Was auf europäischer und internationaler Ebene getan und gesagt wird, betrifft die Opposition genauso, vor allem die Nea Dimokratia, die wichtigste Oppositionspartei, an die von Cannes aus dieselben deutlichen Botschaften übermittelt wurden.“ Am Nachmittag hieß es in Athen, Papandreou werde am Donnerstagabend eine Rede zur Vertrauensabstimmung halten.

Evangelos Venizelos

Fortsetzung von Seite 1

Doch kein Referendum in Griechenland – Gipfel in Cannes

Der amerikanische Präsident Obama sagte zu Beginn der zweitägigen Beratungen in Cannes, die wichtigste Aufgabe sei es, die Schuldenkrise in Europa in den Griff zu bekommen. In einem bilateralen Gespräch mit Frau Merkel sagte Obama, die Euro-Krise betreffe nicht nur die Stabilität in Europa, sondern die der ganzen Welt. Der chinesische Präsident Hu und sein russischer Kollege Medwedjew äußerten sich zurückhaltend. Europa müsse sich zunächst selbst helfen, die Europäische Union habe alle Mittel dafür, sagte Medwedjew. Hu attestierte der EU „die Weisheit und die Mittel“, eine Lösung der Schuldenkrise zu finden. Die Zuspitzung der Krise drückte sich am Donnerstag in neuen Höchstständen der Risikoauflagen auf italienische Staatsanleihen aus.

Frau Merkel sprach mit Blick auf Griechenland von einer „psychologisch neuen Situation“. Sie kündigte an, die Euro-Staaten müssten nun zur Abwehr von Ansteckungsgefahren die auf dem Euro-Gipfel

vor einer Woche in Brüssel vereinbarten Zusatzmaßnahmen schneller implementieren. Die Kanzlerin sagte, die von den Euro-Staaten beschlossene „Brandmauer“ müsse schneller hochgezogen werden als ursprünglich beabsichtigt. Nähere Angaben machte sie nicht. Die besonderen Sorgen der in Cannes anwesenden Euro-Politiker galten aber Italien. Mehrere Kollegen drückten gegenüber Ministerpräsident Berlusconi Zweifel an dessen kürzlich angekündigten Reformplänen aus. Zugleich wurde offenbar erwogen, Italien präventiv Kreditlinien aus Mitteln des Euro-Krisenfonds EFSF zur Verfügung zu stellen. Dazu ist der Fonds laut erweitertem EFSF-Rahmenvertrag seit neuestem ermächtigt. Die EU-Kommission erwägt zudem, nach dem Vorbild der „Task Force“ für Griechenland auch Fachleute zur Unterstützung der italienischen Politik und Verwaltung nach Rom zu entsenden.

Parallel zum eigentlichen Gipfeltreffen berieten mehrere Spitzenpolitiker des Euro-

raums, unter ihnen Bundesfinanzminister Schäuble, seine Amtskollegen Baroin (Frankreich) und Tremonti (Italien) sowie EU-Währungskommissar Rehn, in Cannes darüber, wie die Brüsseler Gipfel-Beschlüsse beschleunigt in die Tat umgesetzt werden könnten. Neben den präventiven Kreditlinien für Rom wurde auch diskutiert, die beschlossene Hebelung des EFSF-Volumens zu beschleunigen. Der EFSF-Leiter Regling soll spätestens auf dem Treffen der Eurogruppe am Montag in Brüssel über den Erfolg seiner gerade abgeschlossenen Reise nach Asien berichten, die dem Anwerben potentieller Investoren aus Fernost diene.

Am Mittwochabend war in Cannes zunächst Sarkozy die „Frankfurter Runde“ zusammengetroffen, der Frau Merkel, Sarkozy, die Geschäftsführende IWF-Direktorin Lagarde, EU-Kommissionspräsident Barroso, der Ständige EU-Ratspräsident Van Rompuy und der Chef der Eurogruppe, Luxemburgs Ministerpräsident

Juncker angehören. Sarkozy sagte danach, die griechischen Bürger müssten wissen, dass die „einstimmig verabschiedeten“ Beschlüsse des Euro-Gipfels ohne jede Änderung in die Tat umgesetzt werden müssten. Auf dem Gipfel waren zusätzliche öffentliche Hilfsmaßnahmen sowie ein Schuldenschnitt für Griechenland verabredet worden. Diese Zusagen waren aber ein neues Spar-, Reform- und Privatisierungsprogramm geknüpft worden, die in Griechenland auf erheblichen Widerstand stoßen.

Gabriel warnt vor Austritt Athens

sar/enn. BERLIN, 3. November. Der SPD-Vorsitzende Gabriel hat angesichts der Krise in Griechenland davor gewarnt, dem öffentlichen Druck in Deutschland nachzugeben, einen Austritt Athens aus der Eurozone in Kauf zu nehmen und dem Land „eine gute Reise“ zu wünschen. Die Folge könnte nicht nur eine Zahlungsunfähigkeit weiterer Euro-Länder sein,

sondern auch „bürgerkriegsähnliche Zustände“ in Griechenland, sagte Gabriel am Donnerstag in Berlin. Zum zweiten Mal würden „einem Volk in Europa Brünnische Notverordnungen auferlegt“, sagte er weiter und fragte: „Warum sollten die Griechen anders reagieren als seinerzeit die Deutschen?“ Damit, hieß es später, sei nicht gemeint, dass in Griechenland eine faschistische Gefahr drohe, sondern dass es zu einer Abwendung von der etablierten Politik kommen könne. Gabriel forderte Bundeskanzlerin Merkel (CDU) auf, ihre konservative Schwesterpartei in Athen stärker in Pflicht zu nehmen. Der Vorsitzende FDP-Bundestagsfraktion Brüderle sagte, die Bundesregierung sei auf eine mögliche Staatsinsolvenz Griechenlands eingerichtet. „Selbstverständlich ist deutsche Regierung auf solche Situationen vorbereitet“, sagte er dem Fernsehsender N24. Die Regierung müsse „immer einen Plan B oder C im Kopf haben“.

Heute

Oldenburgs Ende

Der niedersächsische Landtag wird in der kommenden Woche die Verfassung des Freistaats Oldenburg vom Juni 1919 und des Freistaates Braunschweig vom Januar 1922 aufheben. Politik, Seite 4

Kretschmann wirbt in Paris

Sein Einsatz für eine Energiewende an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten nach Frankreich geführt. Dort ist die Bereitschaft für einen Atomausstieg noch nicht so groß. Politik, Seite 5

Es lebe der Luchs

Die Zahl der katzenartigen Tiere ist in den vergangenen zehn Jahren wieder angestiegen. Im März ist er eine Symbolfigur. Des „Wildtier des Jahres“ bleibt aber geheimnisvoll. Deutschland und die Welt, Seite 7

Zahnarzt als „Aidskritiker“

Ein Bielefelder Mediziner hatte den Zusammenhang zwischen HIV und Aids bestritten. Ein Gericht Münster sieht darin keinen Verstoß gegen das Berufsrecht. Deutschland und die Welt, Seite 8

Alte Seilschaften

In Kroatien gibt es mehrere hundert Massengräber. Die Verbrechen, die an diesen Orten geschehen sind, vergiften immer noch den Kampf der politischen Parteien. Zeitgeschehen, Seite 10

Chance in der Krise

Die Bundeswehrreform trifft Schleswig-Holstein hart. Die CDU steht im Wahlkampf. Sie könnte von den Problemen an den Standorten profitieren – wenn sie klug handelt. Zeitgeschehen, Seite 10

STIMMEN DER ANDEREN

Von den Lügner haben wir die Nase voll

Zu dem geplanten griechischen Referendum über das Euro-Rettungspaket schreibt die Tageszeitung „La Vanguardia“ (Barcelona):

„Falls die griechische Regierung sich mit dem Referendum das Ziel gesetzt hat, ihre Verhandlungsposition gegenüber der EU und dem IWF zu stärken, ist nicht auszuschließen, dass andere Länder diesem Beispiel folgen könnten. Portugal hat gerade eine Revision seines Reformprogramms beantragt. Die Folge wäre eine Euro-Krise ohne Ende. Man sollte sich nun nicht mit Detailfragen beschäftigen wie jener, ob das Referendum schließlich stattfinden wird, ob es im Dezember abgehalten wird und ob die Griechen Ja oder Nein zu den Sparplänen und dem Euro sagen werden. Darum geht es nicht. Europa hat von jenen Ländern einfach genug, die auf lügenhafte Weise mit dem Euro Poker spielen.“

Wollt ihr ärmer werden?

Die Tageszeitung „Trud“ (Sofia) meint dazu:

„Europa ist starr vor Schreck, die gemeinsame Währung und die Märkte stürzen ab, es riecht nach Rezession und Chaos... Der Ausgang des Referendums in Griechenland scheint im Voraus bekannt zu sein... Die Frage würde im Volksmund so lauten: Wollt ihr ärmer werden? Es ist klar, wie die Mehrheit antworten würde. Dabei ist das Problem mit der Schuldenkrise viel komplizierter und braucht Expertenlösungen. Es betrifft nicht nur Griechenland, sondern alle Staaten, die den Euro eingeführt haben, und sogar die gesamte EU. Deswegen ist die Verantwortungslosigkeit Regierungschef Papandreous so verblüffend.“

Die (vielleicht) unendliche Geschichte der Euro-Krise

Im Blick auf die „unendliche Geschichte der Euro-Krise“ und zum G-20-Gipfel fragt die „Basler Zeitung“:

„Wer glaubt nun noch ernsthaft an Fortschritte bei der Reform des internationalen Währungssystems?“

„Wie wollen die Vertreter der mächtigsten Wirtschaftsnationen die Welt davon überzeugen, dass sie die Finanzmärkte regulieren oder gar kontrollieren können, wenn allein schon das Unterfangen, Griechenland vor dem Konkurs und aus den Fängen der Spekulation zu retten, als zum Scheitern verurteilt erscheint? Wie ein Damoklesschwert hing über diesen Gipfeldiskussionen auch die Vertrauensabstimmung im Parlament in Athen... Wer interessiert sich vor diesem Hintergrund noch für die Doha-Runde zum Abbau der Handelshindernisse? Wer glaubt ernsthaft an Fortschritte bei der Reform des internationalen Währungssystems?“

Offene Warnungen an die Griechen

Auch die „Neue Zürcher Zeitung“ beschäftigt sich mit den Turbulenzen um den Euro und den G-20-Gipfel:

„Der Preis für den im In- und Ausland zunächst unstrittenen Schutzbüro Papandreous steigt insofern, als die Europäische Union (EU) und der Internationale Währungsfonds (IWF) den Vorbehalt aus Athen in eine Grundsatzfrage zur Euro-Mitgliedschaft Griechenlands verwandeln wollten... Der griechische Regierungschef, wird, falls er das ins Auge gefasste Vertrauensvotum im Parlament übersteht, der Bevölkerung klarmachen müssen, dass ein Nein wirtschaftliche Folgen hätte, die über einen Staatsbankrott hinausgehen und auch Griechenlands Position in der EU tangieren.“

Demokratie ist nicht gefährlich

Zu den Vorgängen in und um Griechenland lesen wir in der Prager Wirtschaftszeitung „Hospodarske Noviny“:

„Am 1. November hatte der griechische Ministerpräsident Papandreou verkündet, dass er über die Annahme der Euro-Rettungsgelder ein Referendum abhalten möchte – also das Volk entscheiden lassen will. Die Weltmärkte und Europas Politiker reagierten etwa in diesem Stil: Es sei zumindest gefährlich, die Bürger entscheiden zu lassen. Es könnte schädliche Folgen haben sowohl für diejenigen, die entscheiden, als auch für die anderen, die nicht gefragt werden. Soll das heißen, dass Demokratie... gefährlich und schädlich ist? Im Prinzip hat man das nämlich so gesagt.“

Echte Werte oder: Eine tiefe Kluft

Die „Stuttgarter Nachrichten“ befassen sich mit den Wechselbeziehungen von Finanz- und Realwirtschaft:

„Es hat sich eine große Kluft aufgetan zwischen der Realwirtschaft, in der Produkte und Dienstleistungen angeboten werden, und der Finanzwirtschaft, die im Jahr zehnmal so viel Geld umschlägt, wie die Menschen auf dem Globus überhaupt erwirtschaften. Die Finanzkrise vor drei Jahren hat gezeigt, dass die Finanzwirtschaft die Realwirtschaft sehr stark beeinflussen kann. Die bisherige Entwicklung zeigt allerdings, dass die Realwirtschaft dieses Mal außerordentlich robust gegenüber den Turbulenzen auf den Finanzmärkten ist. Allerdings mehren sich die Anzeichen, dass die Konjunktur sich zunehmend abschwächt. Kommt es tatsächlich dazu, hat die Finanzwirtschaft ein zweites Mal diejenigen ausgebremst, die echte Werte schaffen.“

Ein großer Menschenrechtler

In der „Frankfurter Rundschau“ heißt es zum jüngsten Deutschland-Besuch Ministerpräsident Erdogans:

„Der türkische Ministerpräsident Erdogan nutzte seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik, sich als großen Verfechter der Menschenrechte zu profilieren. Nein, nein, er hat nicht erklärt, dass missliebige Intellektuelle in der Türkei nicht mehr fürchten müssen, nur weil sie missliebig sind, vor Gerichte gezerrt zu werden. Er hat auch nicht erklärt, in der Türkei für völlige Versammlungs-, Religions- und Organisationsfreiheit einzutreten. Stattdessen erklärte Regierungschef Erdogan, die Forderung, Türkei, die ihren Familienangehörigen in Deutschland nachreisen wollten, sollten schon in der Türkei wenigstens ein Minimum an Deutschkenntnissen erwerben, missachte die Menschenwürde.“

Nein, Herr Erdogan, wir gehören nicht zusammen

Die Berliner „tageszeitung“ (taz) urteilt ähnlich:

„Es kommt nicht nur darauf an, was jemand sagt, sondern auch darauf, wer etwas sagt. Einem Porschefahrer wird man einen flammenden Appell zu umweltfreundlichem Verhalten kaum abnehmen, ein Metzger gibt einfach keinen guten Vegetarier ab und eine Gehörlose keine gute Musikkritikerin. Allen drei fehlt dieselbe Sache: Glaubwürdigkeit... Ein glaubwürdiger Anwalt der Deutsch-Türken ist auch Erdogan nicht. Mit seiner Tirade gegen Assimilation als ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ hat er gezeigt, worum es ihm geht, wenn er über sie redet: In nationalistischer Tradition ist er ein typischer Verfechter von Türkentum und islamischer Religion. Nein, Herr Erdogan, wir gehören nicht zusammen.“

Der Kampf um den Euro Zertrümmerte Rettungspläne, Brandmauern und andere Verteidigungsstrategien

Die Angst isst wieder mit

Die Krise der G 20 hoffte man darauf, in Cannes entspannt die Weltwirtschaft zu stabilisieren. Dann kam Papandreou – und die Sorgen kehrten zurück.

Von Henrike Roßbach und Christian Schubert

CANNES, 3. November

Sie hängen überall in der Stadt, die Plakate mit dem verheißungsvollen Versprechen, hier in Cannes werde Geschichte geschrieben. Seit dem späten Mittwochabend ist klar, dass diese Prognose durchaus in Erfüllung gehen könnte – allerdings anders, als es sich die Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer ursprünglich vorgestellt hatten. Noch Anfang der Woche dachten die Europäer, dass sie entspannt an die Côte d'Azur reisen könnten, schließlich hatten sie ihrer Meinung nach eine Woche zuvor das taumelnde Griechenland gerettet und den Euro gleich mit. Es wäre also nur der logische zweite Schritt gewesen, nun auf der größeren G-20-Bühne auch noch die gesamte Weltwirtschaft zu stabilisieren. Dann aber bereitete der griechische Ministerpräsident Giorgios Papandreou mit seinen Volksabstimmungsplänen dieser kollektiven Entspanntheit ein jähes Ende. Fassungslos fanden sich seine Euro-Kollegen vor den Trümmern ihrer Rettungspläne wieder. Plötzlich schien es nicht unrealistisch, dass Cannes Geschichte schreiben würde als der Ort, an dem der Euroraum auseinanderzubröckeln begann. Dann aber schreckte dieses Szenario die Griechen offenbar derart auf, dass sie am Donnerstagnachmittag zu einem Rückzieher in Sachen Referendum ansetzten. Was Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy stets kritisiert hatten – den mangelnden Konsens zwischen Opposition und Regierung in Griechenland über den Weg aus der Krise – schien auf einmal doch möglich. Eine Übergangsregierung der nationalen Einheit war im Gespräch, das Referendum dagegen zunächst vom Tisch.

Ihren Anfang nahm diese überraschende Wende in einem Saal des Festivalpalastes, wo zum Filmfest die neuesten Streifen den Kritikern präsentiert werden. Am späten Mittwochabend dagegen ging es statt um Fiktion um die Eindämmung einer allzu realen Krise. Angela Merkel und Nicolas Sarkozy traten vor die Presse und stellten Griechenland vor die Wahl: Mit uns oder ohne uns? Zuvor hatten beide Papandreou zu einem

Abendessen einbestellt. Ob dieser besonders viel hinuntergebracht hat von dem exquisiten französischen Menü, ist nicht bekannt. Doch der Auftritt der Kanzlerin und des Staatspräsidenten nach dem Essen ließ keinen Zweifel daran, dass es für Papandreou ein ungemütlicher Termin gewesen sein muss. Hart sei das Gespräch gewesen, aber sachlich, hieß es danach.

Merkel sagte, die Referendumsankündigung habe die psychologische Situation nach den Beschlüssen vom Euro-Gipfeltreffen eine Woche zuvor stark verändert. Was sie meinte: Die Angst war wieder da in Europa, die Angst vor den Folgen eines Austritts Griechenlands aus der Währungsunion, vor einem griechischen Staatsbankrott. Deshalb schalteten die Europäer in eine Art Verteidigungsmodus um. „Wir sind gewappnet“, versprach Merkel. Die „Brandmauern“ zum Schutz gegen eine Ansteckung anderer Wackelstaaten sollten schneller hochgezogen werden als geplant; gemeint sind die Umbauarbeiten am Rettungsfonds EFSF. Und Staaten wie Italien sollen sich mit Reformen und Sparmaßnahmen beeilen – vor allem Rom rückte am Donnerstag wieder in den Fokus der besorgten Europäer.

Der Druck der Euro-Staaten auf Griechenland war außergewöhnlich groß. Erstmals seit langem war am Mittwochabend auf die Feststellung Merkels, man wolle Griechenland im Euroraum halten, ein „Aber“ gefolgt: „Wir wollen, dass Griechenland im Euroraum verbleibt“, sagte die Kanzlerin, „aber es gibt diese einseitige Entscheidung Griechenlands, und die hat die Situation verändert.“ Selbst die Referendumsfrage wollten Merkel und Sarkozy den Griechen diktieren: Abgestimmt werden sollte über Verbleib oder Austritt aus dem Euro – und zwar bitteschön bis Anfang Dezember. Der Euro als Ganzes, das machte Merkel deutlich, ist den Staatschefs näher als das Einzelschicksal der Griechen. Lieber mit euch, aber eher ohne euch, als dass wir unsere Währung gefährden, war die Botschaft. Die Folge: Griechenland bekommt die vereinbarte sechste Tranche des Rettungspakets erst, wenn es mit den Bedingungen einverstanden ist.

Sarkozy machte deutlich, dass zwischen die Position seiner „Freundin Angela“ und die seine kein Blatt Papier passe. Und dass der Euroraum seine Prinzipien habe, die man annehmen könne, aber nicht müsse. „Wenn diese Regeln nicht eingehalten werden, dann können weder Europa noch der IWF auch nur einen Cent ausschütten“, sagte der Präsident. Ein kleiner Lapsus unterlief ihm dabei freilich: Er bezeichnete das Projekt der Europäischen Währungsunion als „Abenteuer“. „Jetzt müssen die Griechen entscheiden, ob sie das Abenteuer weiter mit uns gehen möchten oder nicht.“ Im Französischen hat diese Redensart zwar nicht ganz die gleiche Bedeutung wie im Deutschen, doch klang hier durch, welche Herausforderungen mit der europäischen Währung verbunden sind.



Schicksalstreffen und kein Ende: Sarkozy, Merkel, Obama und der britische Premierminister David Cameron (von links) am Donnerstag in Cannes

Foto AFP

„Wenn irgendein Land die Regeln, die 17 Länder verabschiedet haben, nicht achten will, dann ist das sein absolutes Recht“, sagte Sarkozy.

Doch welche Folgen hätte das? Der Präsident unterließ es, anders als Merkel, den Euroraum für den Fall der Fälle als „gewappnet“ zu bezeichnen. Er ging in

seinen Andeutungen zwar weiter denn je, denn bis vor kurzem galt in Frankreich ein Denkverbot über einen Euroraum ohne Griechenland. Doch Sarkozy schaudert weiter vor der Vorstellung eines griechischen Abschieds mit unbekanntem Folgen für die ganze Währungsunion. Kein Wunder: Er verhandelt nicht

aus einer Position der Stärke heraus. Frankreichs Höchstnote der Ratingagenturen ist aufgrund der Staatsverschuldung und des schwachen Wachstums stärker bedroht als die aller anderen sogenannten Musterschüler mit „AAA“. Nicht umsonst haben die G-20-Länder schon im April eine Liste von sieben Staa-

ten mit großen makroökonomischen Ungleichgewichten präsentiert. Dabei steht Deutschland auf der Seite der Exportgroßmächte, Frankreich gehört wegen fehlender Wettbewerbsfähigkeit dagegen zu den Ländern mit hohem Handelsdefizit und gefährlich ausgeweiteter Staatsverschuldung.

Immerhin versucht der Präsident, für den Katastrophenfall Griechenland jetzt als Sonderling zu isolieren. Bei den anderen europäischen Patienten wirkten die Gegenmittel, sagte Sarkozy. Er erwähnte Irland, Portugal und Spanien, allerdings nicht Italien. „Europa kann nur funktionieren, wenn die politische Klasse – sei es die Opposition oder die Mehrheit – sich in der Einhaltung der europäischen Regeln einig ist. Das nennt man Demokratie.“ Einem französischen Journalisten gelang es schließlich am sehr späten Mittwochabend, Sarkozy aus der Reserve zu locken, indem er die deutsch-französische Achse provozierend als „brutales Direktorium“ beschrieb. Sarkozy machte daraufhin die Rechnung auf, dass wer bezahle, auch bestimme: „Die beiden Länder, die den größten Beitrag leisten, stehen zu ihrer Verantwortung“, sagte der Staatspräsident. Und fügte selbstkritisch hinzu: „Ich glaube, wenn es bisher ein Problem gab, dann war das nicht ein Problem von zu viel, sondern von zu wenig politischer Führung.“ Das sollte sich nun ändern.

Barack Obama lobt und tröstet

Inmitten der Euro-Tristesse im französischen Cannes, die passenderweise auch noch von Regengüssen und einem grauen Novemberhimmel untermalt wurde, wollte der amerikanische Präsident Barack Obama am Donnerstag offenbar wenigstens in Ansätzen für gute Laune sorgen. Für Angela Merkel wie auch für Nicolas Sarkozy hatte er einige Nettigkeiten im Gepäck. Die Kanzlerin und der französische Präsident hatten nacheinander ein Stelldichein mit Obama, im traditionsreichen Hotel Carlton an der Croisette, dem Flanierboulevard von Cannes.

An der Seite von Sarkozy gratulierte Obama vor laufenden Kameras zunächst dem französischen Präsidenten über die Ankunft „der neuesten Sarkozy“. Und er fügte grinsend hinzu: „Ich

hoffe, dass sie das Aussehen ihrer Mutter, nicht das ihres Vaters erben wird.“ Sarkozy lächelte etwas säuerlich, bedankte sich aber artig. Obama habe ihm immer vorgeschwärmt, wie toll es sei, Vater von Töchtern zu sein, sagte Sarkozy; er hatte bisher nur Söhne. „Nun folge ich seinem Beispiel.“

Die französisch-amerikanische Freundschaft rangierte überhaupt ganz hoch in Cannes. Obama bezeichnete Frankreich als „unseren ältesten und einen unserer wichtigsten Alliierten“. Von Yorktown, wo französisch-amerikanische Truppen im Unabhängigkeitskrieg 1781 die Briten schlugen, bis zu Libyen stünden Amerikaner und Franzosen Seite an Seite, sagte Obama.

Auch Merkel, die am Donnerstag jakettechnisch zwar auf Grün als Farbe

der Hoffnung gesetzt hatte, ansonsten aber mit eher trübsinniger Miene neben dem amerikanischen Präsidenten stand, bekam den geballten Obama-Charme zu spüren. Seine „sehr gute Freundin Angela“, sagte Obama, verkörpere einen pragmatischen, gesunden Menschenverstand, der sie nicht nur zu einer Führungsfigur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt mache. „Ich genieße es, mit ihr zu arbeiten“, flötete Obama und erinnerte an Merkels jüngsten Besuch in Washington, als sie die „Medal of Honor“ verliehen bekam. An diesen Moment dürfte Merkel sich dieser Tage mit Wehmut erinnern. Orden, etwa für eine erfolgreiche Euro-Rettung, wurden in Cannes jedenfalls nicht verliehen. (rike/chs.)

SICHTBAR DYNAMISCH, SPÜRBAR BEWEGEND.

Das neue BMW 6er Coupé wurde gebaut, um Sie zu bewegen. Sein herausragendes Design wird Ihren Puls schon vor dem Einsteigen beschleunigen. Der exklusiv gestaltete Innenraum wird Sie begeistern, die kraftvollen Benzin- oder Dieseltreibwerke lassen Sie in Sekunden den Alltag vergessen. Auf Wunsch erhältliche Innovationen wie die Integral-Aktivlenkung und das intelligente Allradsystem BMW xDrive sorgen für eine dynamische und zugleich sichere Fahrt – bei jedem Wetter und auf nahezu jedem Untergrund. Sie werden sehen: So umfassend hat Sie nie zuvor ein Automobil bewegt. Mehr bei Ihrem BMW Partner oder unter www.bmw.de/6erCoupé

AUSDRUCK PURER DYNAMIK. DAS NEUE BMW 6er COUPÉ.

BMW EfficientDynamics
Weniger Verbrauch. Mehr Fahrfreude.

Kraftstoffverbrauch innerorts: 16,5–6,6 l/100 km, außerorts: 8,3–4,8 l/100 km, kombiniert: 11,3–5,4 l/100 km. CO₂-Emission kombiniert: 263–143 g/km. Als Basis für die Verbrauchs-ermittlung gilt der ECE-Fahrzyklus. Abbildung zeigt Sonderausstattungen.

Das neue BMW 6er Coupé

www.bmw.de/6erCoupé

Freude am Fahren

Inland in Kürze

OVG schützt frühere Stasi-Richter – Als Dienstherr von Richtern und Staatsanwälten, die vor 1989 mit dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zusammengearbeitet haben sollen, ist der Brandenburger Justizminister verpflichtet, ihre Identität zu schützen. Das entschied das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Ein Journalist wollte Auskünfte über 13 Richter und einen Staatsanwalt bekommen, bei denen Hinweise auf frühere Stasi-Zuarbeit existieren. Das OVG wertete die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen höher als das Informationsinteresse des Journalisten (Aktenzeichen OVG 10 S 33.11). (mk.)

Zwei Vermittler für Berlins Grüne – Die Grünen-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat beschlossen, den Bundestagsabgeordneten Wieland und die ehemalige nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Hustedt als Mediatoren in ihren Führungsstreit einzuschalten. Der Konflikt war in der vergangenen Woche ausgebrochen, als zwei unterlegene Abgeordnete den Rücktritt der zuvor gewählten Vorsitzenden Pop und Ratzmann verlangten, und mitteilten, sie fühlten sich von den Vorsitzenden nicht vertreten und würden künftig eigene Initiativen als „parlamentarische Linke“ ergreifen. Das Mediationsverfahren soll nächste Woche beginnen und noch in diesem Monat zu einer Einigung führen. (mk.) (Kommentar Seite 10.)

Streit über Mindestlohn in Schwerin – Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern hat einen von der SPD formulierten Antrag für den Bundesrat „zur Einführung einer bundeseinheitlichen, branchenübergreifenden Mindestlohnregelung“ abgelehnt und damit einen ersten Streit in der Koalition ausgelöst, die ihren Vertrag erst vor wenigen Tagen unterschrieben hat. Beide Parteien verweisen auf den Koalitionsvertrag, in dem sich auch die CDU zur Einführung von Lohnuntergrenzen bekennt. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Kerk sagte allerdings, laut Vertrag sollten zwar entsprechende Initiativen auf Bundesebene unterstützt, aber keine selbst eingebracht werden. (F.P.)

Weiter Streit über „Stuttgart 21“ – Der Landesvorsitzende der baden-württembergischen Grünen, Kühn, hat die Forderungen der SPD, die Koalitionsvereinbarung zugunsten des Verkehrsinfrastrukturprojekts „Stuttgart 21“ zu ändern, als „lächerlich“ bezeichnet. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Schmiedel hatte gefordert, falls die Bürger für den Weiterbau des Bahnhofs stimmten, müssten sich die Grünen im Koalitionsvertrag zum Projekt bekennen. Unterdessen legte Verkehrsminister Hermann (Grüne) ein Gutachten vor, wonach die Ausstiegskosten bei 350 Millionen Euro liegen könnten. Die Bahn beziffert die Ausstiegskosten auf 1,5 Milliarden Euro. Die Kostenfrage spielt in den Kampagnen zur Volksabstimmung am 27. November eine wichtige Rolle. (rso.)

Keine neue Hilfe für Missbrauchsoffer – Die Jugend- und Familienministerkonferenz der Bundesländer hat sich dagegen ausgesprochen, ein neues System zu schaffen, um Opfern familiären Missbrauchs finanziell zu helfen. Als Grund gilt die angespannte Lage der Haushalte der Länder. Die Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Christine Bergmann, hatte empfohlen, Bund und Länder sollten Opfern bei der Finanzierung von Therapien helfen, wenn kein anderer Träger dafür aufkomme. (dpa)

Polizeireform in Rheinland-Pfalz – In Rheinland-Pfalz hat Innenminister Lewentz (SPD) eine Polizeireform angekündigt. So sollen in der Verwaltung und den Leitungsstäben der Polizei 100 Stellen wegfallen. Weitere 100 Polizeibeamte sollen anderweitig eingesetzt werden. Außerdem werden beim Landeskriminalamt Dezernate zusammengeführt. Bei der Wasserschutzpolizei, der Hubschrauberstaffel und dem Polizeiorchester soll es Einsparungen durch Kooperationen mit Hessen und Baden-Württemberg geben. (holl.)

Akteneinsicht für Bürger – Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat die Informationsfreiheit der Bürger in einem Grundsatzurteil gestärkt. Demnach müssen auch Bundesministerien allen Bürgern Akteneinsicht auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes gewähren, wie das Gericht in einem am Donnerstag verkündeten Urteil entschied. (Aktenzeichen 7 C 3.11 und 4.11) (AFP)

Nicht richtig, aber wahrer als die Wahrheit

Der Kampf um die Nachfolge von Finanzminister Georg Fahrenschon ist zum ersten Akt der Streitigkeiten um das Erbe von Ministerpräsident Horst Seehofer geworden.

Von Albert Schäffer

MÜNCHEN, 3. November. Der Saal 103 in der Bayerischen Staatskanzlei ist ein tückischer Ort für Rücktritte. Als 2007 Edmund Stoiber dort begründete, warum er seine Regierungs- und Parteiämter aufgeben, kam er fast über einem Stuhl zu Fall. Am Donnerstag ging Georg Fahrenschon zum Mikrofon und erklärte seinen Verzicht auf „das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten“. Dieser stand in Gestalt Horst Seehofers allerding neben Fahrenschon, der sich nach einer Schreckenssekunde sogleich selbst korrigierte – es sei natürlich das Amt des Bayerischen Finanzministers, das er abgebe. Fahrenschon versuchte den Lapsus noch auf die Emotionen zurückzuführen, die im Spiel seien – doch besser hätte er nicht auf den Punkt bringen können, worum in der CSU in den vergangenen Tagen erbittert gerungen worden ist.

Die Regelung der Nachfolge Fahrenschon, der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands werden will, wurde zu einer viel schwerer wiegenden Frage: die Regelung der Nachfolge Seehofer. Der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende gab sich zwar pflichtgemäß gelassen, als sei er es immer noch, mit dem die Partei ihre Zukunft verknüpft. Die vergangenen Tage sprachen jedoch eine andere Sprache; es wurden alle Mittel der innerparteilichen Kriegskunst aufgeföhrt, deren Einsatz sich nicht nur damit erklären ließ, dass das Finanzministerium ein Schlüssellochort ist. Die Entscheidung, wer ins Palais Leuchtenberg, dem Sitz des Finanzministeriums, einzieht, wurde als Vorentscheidung gewertet, wer die stärksten Bataillone aufbieten werde, wenn sich Seehofer zurückzieht – sei es noch vor der Landtagswahl 2013, sei es danach.

Was sich in der CSU abspielte, wurde schon deutlich, als lanciert wurde, die Nachfolge liefe auf Arbeitsministerin Christine Haderthauer hinaus. Sogleich setzte ein vielstimmiger Chor ein, Frau Haderthauer fehle es an finanzpolitischer Expertise; dass er am Donnerstag,



Die Macht des Unbewussten: Der bayerische Finanzminister Georg Fahrenschon am Donnerstag nach der Pressekonferenz im Gespräch mit Ministerpräsident Horst Seehofer.

Foto dpa

als Seehofer Umweltminister Markus Söder zum Finanzminister ernannte, der an Unerfahrenheit auf diesem Feld Frau Haderthauer nicht nachsteht, verstummte, zeigt, woraus er sich speiste. Die Angst, mit Frau Haderthauer stünde die nächste Ministerpräsidentin – oder, wenn der Wähler ungnädig ist, die nächste Oppositionsführerin – bereit, ging um in der CSU und mobilisierte alle Kräfte.

Markus Söder im Porträt, Zeitgeschehen, Seite 10

Frau Haderthauer musste lernen, dass sie für den Griff nach der Macht in der CSU zu wenige Unterstützer hat.

Nach ihr wurden Namen um Namen in die Schlacht geworfen; mancher, der gar nicht in das Kampfgetümmel wollte wie Innenminister Joachim Herrmann, wurde alsbald schwer getroffen vom Platz getragen. Der Schalltennarm übertrug auch die süßen Schalmeklänge, die Seehofer in den vergangenen Monaten immer wieder angestimmt hatte – die CSU müsse weiblicher werden. Mit Frau Haderthauer wurde auch gleich Melanie Huml, die Staatssekretärin im Umweltministerium, die als Nachfolgerin im Arbeitsressort im Gespräch war, un-

ter die Marketenderinnen verbannt. In höchster weiblicher Not ertönten schließlich Rufe, Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, mächtige Vorsitzende des CSU-Bezirks Oberbayern, zeige sich am Horizont, was Frau Aigner wütend dementierte. Dass einige davon träumten, sie könne das Berliner mit dem Münchner Kabinett vertauschen, zeigte aber, worum der Kampf tobte.

Mit Frau Aigner, die Berlin für München hätte fahren lassen, wäre Seehofers Schicksal besiegelt gewesen. So gesehen überraschte es nicht, dass sich mit Markus Söder ein Condottiere durchsetzte, dem Seehofer in herzlicher Abneigung verbunden ist. Ungefährlich ist Söder für Seehofer nicht. Aber gegenüber Frau Aigner, die über ihren Bezirksverband hinaus in der CSU populär ist und sich als findig beim Schmieden innerparteilicher Allianzen erwiesen hat, wäre er fast wehrlos gewesen, während er Söder noch einige Zeit in die Schranken weisen könnte. Der Franke Söder hat für Seehofer auch den Vorteil, dass zumindest aus altbayerischer Sicht mit dem Franken Günther Beckstein, dem Stoiber-Stürzer und zeitweiligen Ministerpräsidenten, Genüge getan ist an Feldherren, die aus fernen Landesteilen stammen.

Ins Auge sprang am Donnerstag, dass Seehofer keine Mühen scheute, um Sö-

der den Weg ins Finanzressort zu bahnen. Er wirbelte nicht nur sein Kabinett durcheinander, sondern wollte auch nichts mehr von seinem Ruhm als Frauenförderer wissen; Frau Haderthauer, Frau Huml, Europaministerin Emilia Müller und Justizministerin Beate Merk blieben, wo sie waren. Stattdessen wurden männliche Kabinettsmitglieder in Marsch gesetzt: Staatskanzleiminister Marcel Huber, erst seit Frühjahr im Amt, wurde ins Umweltministerium gesetzt, der Staatssekretär im Kultusministerium Thomas Kreuzer wiederum zum Staatsminister und Leiter der Staatskanzlei erhoben. Von der männlichen CSU-Population in Seehofers Kabinett blieben nur drei Staatsminister in ihren vertrauten Ämtern – Innenminister Joachim Herrmann, Kultusminister Ludwig Spaenle und Landwirtschaftsminister Helmut Brunner. Und natürlich Seehofer selbst, der Wundersames aus der Schlacht berichtete. Da hätte es Teilnehmer gegeben, die dementiert hätten, sie hätten Ambitionen auf Ämter – die er aber nie gefragt habe. Und Leute hätten Vorschläge dementiert, die sie selbst unterbreitet hätten. Seehofer bewies damit, dass Kriegsherren nicht unbedingt die besten Kriegsbereitsteller sind, zumal in seinem Fall einiges darauf hindeutet, dass nach der Schlacht vor der Schlacht ist.

Koalition streitet über Senkung des Solidaritätszuschlags

FDP signalisiert Bereitschaft / Ostdeutsche CDU-Politiker dagegen / Vorbereitungen für Koalitionsausschuss

BAN. BERLIN, 3. November. Im Schatten der europäischen Krisen suchen die Führungen von CDU, CSU und FDP, die Sitzung des Koalitionsausschusses vorzubereiten und eine Reihe tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Bei dem Treffen am Sonntag soll es vor allem um Fragen einer Steuersenkung, der Pflegereform, der Infrastrukturpolitik und auch des sogenannten Fachkräftemangels gehen, der im Zusammenhang der Zuwanderungspolitik gesehen wird. Je nach Ausgang des G-20-Gipfels in Cannes und der Regierungskrise in Griechenland könnten freilich auch Fragen der Europa-Politik das Treffen der Koalitionsausschusses prägen.

An dem Treffen teilnehmen werden die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von Union und FDP sowie die Generalsekretäre der drei Parteien, dazu und die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen. Bei einigen Gesprächsgegenständen werden die Fachminister hinzugezogen. Von der Überlegung, die Ministerpräsidenten der CDU und stellvertretende Ministerpräsidenten der FDP einzuladen, wurde mittlerweile Abstand genommen.

Bislang ungeklärt ist vor allem der Streit über die Steuerpolitik. Die FDP beharrt auf einer Steuersenkung. Die Stimmung in der Union dazu wird – nach Schilderungen aus deren Reihen – in einer Äußerung des baden-württembergischen CDU-Vorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Strobl deutlich. In der „Berliner Zeitung“ hatte Strobl gesagt: „Wir sollten uns von Steuersenkungen für den Rest der Legislaturperiode verabschieden. Das ist der falsche Weg zur falschen Zeit. Also: Punkt, Aus, Ende. Das

Land hat doch gerade ganz andere Sorgen.“ Bis hinein in die Spitzen der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird diese Auffassung geteilt.

Union und FDP haben mittlerweile das Vorhaben aufgegeben, einen Gesetzentwurf zur „Abmilderung der kalten Progression“ zu verabreden. Nachdem



schon unmittelbar nach der Bekanntgabe dieses Planes durch Finanzminister Schäuble (CDU) und Wirtschaftsminister Rösler (FDP) die Führung der CSU Einspruch eingelegt hatte, hat nun auch die Spitze der FDP-Bundestagsfraktion die Sache zu den Akten gelegt. In einem Papier, das offenkundig auch die Billigung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Brüderle gefunden hat, heißt es: „Ein Gesetzentwurf zur Abmilderung der kalten Progression kostet zu viel Zeit und scheitert am Ende ohnehin an Rot-Grün im Bundesrat.“ Vorher schon hatte der

CDU-Vorsitzende Seehofer angekündigt, er werde einen Gesetzentwurf nicht billigen, der der Zustimmung des Bundesrates bedürfe. Schon die Regierung Helmut Kohls (CDU) sei 1996 und 1996 an der steuerpolitischen „Blockade“ der SPD im Bundesrat gescheitert; das mache er nicht abwärts mit. Ähnlich sieht das mittlerweile auch die Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Als Konsequenz wurde von Seehofer der Vorschlag ins Spiel gebracht, über Änderungen beim Solidaritätszuschlag die Steuerzahler zu entlasten. Auch in dem FDP-Papier heißt es nun: „Die FDP sollte sich auf eine Absenkung des Solidaritätszuschlages konzentrieren.“ In diesem Sinne äußerten sich – offenbar nach internen Absprachen – der bayerische Wirtschaftsminister Zeil (FDP) und die sächsische FDP, die an der Landesregierung in Dresden beteiligt ist; die dortige CDU wiederum ist gegenteiliger Meinung. Weil die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag allein dem Bund zustehen, ist für eine Gesetzesänderung nicht die Zustimmung des Bundesrates erforderlich.

Doch dürfte dieser Plan am Widerspruch aus der CDU scheitern. Für die baden-württembergische CDU drückte das Strobl aus. Zudem wurde bekannt, dass die ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten das Soli-Vorhaben in einem Brief an Kauder ablehnten. Darin heißt es: „Die ostdeutschen Abgeordneten unserer Fraktion werden es nicht akzeptieren, wenn die Vollendung des Aufbau Ost riskiert wird, weil die Senkung des Solidaritätszuschlages als einfacher Weg zur Durchsetzung einer Steuersenkung im Bundesrat erscheint.“ Zuvor

hatte auch Schäuble Bedenken gegen eine Senkung des Solidaritätszuschlages erhoben. Mit Blick auf Freigrenzen verwies er darauf, dass dadurch nicht – wie eigentlich gewünscht – die kleinen und mittleren Einkommen entlastet würden. Auch Kauder dürfte die Auffassung teilen.

Angeht es dem Zustand und Ansehens der Koalition bemühen sich die Führungen, nach der Sitzung des Koalitionsausschusses akzeptable Ergebnisse vorweisen zu können. Es heißt, Kauder und Brüderle arbeiteten an einer neuen Kompromisslösung. Sollte diese Bundessteuern betreffen, käme die Senkung größerer (auf Energie, Strom und Tabak) oder kleinerer Verbrauchssteuern (auf Kaffee, Sekt, Branntwein) in Betracht.

Zweit gibt es auch über andere Themen des Koalitionsausschusses. Die CSU möchte eine allgemeine Mautgebühr auf Autobahnen einführen. CDU und FDP lehnen das ab. Ein von der CSU und auch der CDU gewünschtes Betreuungsgeld stößt bei der FDP auf Widerstand, obwohl das nach dem Koalitionsvertrag von 2013 an eingeführt werden soll. Zur Finanzierung der Pflegeversicherung plädiert die CDU für höhere Beiträge, wie das nun Generalsekretär Gröhe tat, während die FDP die gesetzliche Pflegeversicherung durch eine private Zusatzversicherung ergänzen will, was wiederum von der CSU abgelehnt wird.

Über den Themenbereich „Mindestlohn/Lohnuntergrenze“ will und braucht die Koalitionsrunde nicht zu streiten. Die Vorstellungen der CDU sind noch nicht beschlossen worden. Im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2010 ist davon nicht die Rede.

In schlechter Konstitution

Ade Freistaat Oldenburg, ade Freistaat Braunschweig!

Von Robert von Lucius

HANNOVER, 3. November. Am kommenden Mittwoch wird Geschichte geschrieben. Der Landtag hebt in einem Gesetz zur Aufhebung vorkonstitutioneller Verfassungsrechts die Verfassungen des Freistaates Oldenburg vom Juni 1919 und des Freistaates Braunschweig vom Januar 1922 auf. Ganz vorkonstitutionell kann das indes nicht sein, da die Oldenburger Verfassung zuletzt 1972 geändert wurde.

Der Tagesordnungspunkt ist der einzige des kommenden Plenums, dem, was selten geschieht, alle fünf Landtagsparteien von der CDU bis zur Linkspartei zustimmen wollen. In der Öffentlichkeit ist dies Gesetz, das mehrere Jahrhunderte Eigenstaatlichkeit der Herzogtümer auch formell beendet, bislang nicht erwähnt worden. Offenbar verdankt sich der Entwurf der Aufmerksamkeit eines Beamten, der im Zuge der Gesetzesbereinigung bemerkte, dass die alten Verfassungen noch in Kraft sind.

Oldenburg war im Laufe eines Jahrtausend Grafschaft, Herzogtum, Großherzogtum, Freistaat und Land, unterbrochen von hundert Jahren, in denen Oldenburgische Provinz war und zwei Jahren ipeleionischer Herrschaft. Daher trägt die Hauptstadt auch den offiziellen Namen Oldenburg (Oldenburg) in Abweichung von Oldenburg (Holstein), wo die Oldenburger Herzöge nun leben.

In der Begründung zum Gesetzentwurf zur Aufhebung vorkonstitutioneller Verfassungsrechts heißt es, dass nur noch drei Artikel der Verfassung „als geltendes Recht nachgewiesen“ seien – ein Paragraph zum Fischereirecht, einer zum Verhältnis von Staat und Kirche und der Artikel eins. Er besagt, Oldenburg bilde einen selbständigen Bestandteil und bestehe aus den Landesteilen Oldenburg, Lüneburg und Birkenfeld. Mit der Aufhebung verzichtet Niedersachsen somit still auf seine historische Rechtsansprüche auf die Hansestadt Lüneburg und auf den Landkreis Birkenfeld im südwestlichen Rheinland-Pfalz.

Auch von der Braunschweiger Verfassung sind noch drei Artikel als geltendes Recht nachgewiesen. Der Gesetzentwurf behauptet, das sei nur noch rechtshistorisch von Bedeutung. Dass der Gesetzgeber sich über die Fortgeltung nicht gewiss ist, zeigt die Formulierung: „die Vorschriften zwischenzeitlich überholt oder durch neueres Recht vollständig abgelöst sind, sodass die Regelungen damit insgesamt als gegenstandslos aufgehoben werden können“. Widerspruch gab es im Gesetzgebungsverfahren von der Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen. Sie befürchtete, dass die Steuerbefreiung für Kirchengebäude und Friedhöfe damit weniger gerichtsrest werden. Der Gesetzgeber in Hannover wendet dagegen ein, seit einer Verfassungsänderung 1993 könnten die früheren Verfassungen vom Gesetzgeber mit einfacher Mehrheit aufgehoben werden.

Machtkampf in Bremer CDU

V. BREMEN, 3. November. Thomas Röwekamp hat angekündigt, abwärts für das Amt des Landesvorsitzenden der bremschen CDU zu kandidieren. Damit wird es in Bremen zu einer Mitgliederbefragung und Kampfabstimmung kommen. Vor vier Wochen hatte schon Röwekamps Stellvertreterin Rita Mohr-Lüllmann ihre Bewerbung mitgeteilt. Frau Röwekamp sagt, dem Landesvorstand seiner Partei am Mittwochabend, die CDU müsse zur Gliedslossenheit zurückfinden. Nach der Niederlage der CDU bei der Bürgerschaftswahl im Mai, bei der sie mit 20,4 Prozent nur noch drittstärkste Partei wurde, war der Führungsstil Röwekamps kritisiert worden. Ein Landesfachausschuss befand, im Wahlkampf seien Fehler gemacht worden, auch von Röwekamp und der Spitzenkandidatin Mohr-Lüllmann. In den vergangenen Tagen haben sich jeweils mehrere Parteigliederungen für Mohr-Lüllmann oder für Röwekamp ausgesprochen. Nun mehrte sich Kritik – auch vom langjährigen CDU-Bürgermeister Perschau –, die Unterzeichner, etwa die Vorsitzenden der Jungen Union und der Frauen-Union für Röwekamp, hätten sich vor ihrer Unterschrift nicht mit ihren Gliederungen abgesprochen, das seien „Alleingänge“.

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung

Gründungs- und Herausgeber Erich Welter

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Georg Paul Hefty; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Gobel; für Wirtschaftsberichterstattung: Michael Psotta; für Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzmarkt: Gerald Braunberger; für Sport: Jörg Hahn, Anno Hecker (stv.), Peter Heß (stv.); für Feuilleton: Patrick Bahners, Verena Lueken (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Felicitas von Lovenberg; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander (Stadt), Peter Luckemeier (Region).

FÜR REGELMÄßIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Sven Astheimer; Bilder und Zeiten: Andreas Plathaus; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Die Lounge: Carsten Knop; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Gobel; Geisteswissenschaften: Jürgen Kaube; Immobilienmarkt: Steffen Utlich; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Dr. Lukas Weber; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Grop; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Georg Giersberg; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Christian Gey-

er; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Prof. Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohlert; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Johannes Janssen; **Informationsgrafik:** Thomas Heumann; **Internet-Koordinator:** Dr. Holger Schmidt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Tobias Trevisan (Sprecher); Dr. Roland Gerschermann.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Andreas Formen (Verlagsgeschäftsführer); für Anzeigenproduktion: Stephan Puls.

Anzeigenpreisliste Nr. 71 vom 1. Januar 2011 an: für Stellenanzeigen: FA.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 5 vom 1. Januar 2011 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Deutschland-Ausgabe 43,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 48,90 €; Abonnement Rhein-Main-Ausgabe 43,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 48,90 € (bei Postbezugs Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag); Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 21,40 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulzeitung 21,90 €. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net; Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer; im Ausland 52,90 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Erscheint werktäglich. Ihre Daten wer-

den zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Mediensevice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2 - 4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.

Abonnementkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Siefern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der FAZ GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4 - 6, 64546 Marburg; den-Waldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach.

Amthelche Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:

Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 - 4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Abonnentenservice: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen maximal 42 Cent pro Minute) oder www.faz.net/leserportal. Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91 - 23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Vertrieb (0 69) 75 91 - 21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Postbank Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 91 393 604; IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF

Vereinigte Staaten von Europa?

Der Euro ist nicht die Krönung des Einigungsprozesses. Er hat auch als Motor versagt. Deutsche Politiker wollen das Einheitsprojekt nun aber erst recht forcieren. Sie werden scheitern.

Von Hermann Lübke

Krisen, die sich ihrem Höhepunkt nähern, provozieren gelegentlich Rettungsvorschläge, die ihren katastrophalen Ausgang noch beschleunigen. Um einen solchen Vorschlag handelt es sich bei der Idee, den drohenden Staatsbankrott etlicher überschuldeter europäischer Länder und das damit angeblich verbundene Ende der Gemeinschaftswährung durch Ausrufung eines Gemeinschaftsstaates namens „Vereinigte Staaten von Europa“ abzuwenden. Immerhin waren es, statt beliebiger Intellektueller, Mitglieder der Bundesregierung, die mit dieser Idee in die Öffentlichkeit gingen.

Tatsächlich klingt das beim ersten Hören plausibel. Wieso sollte sich nicht, was in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland finanzschwächere Länder wie die Stadtstaaten Bremen oder Berlin über Jahrzehnte hin zahlungs- und damit handlungsfähig gehalten hat, ein Finanzausgleich, zum Kerngehalt eines europäischen Bundesstaates zugunsten überschuldeter Mitgliedsländer machen lassen? Die Antwort lautet: Solidaritätszumutungen, die familiär und schließlich auch staatsbürgerlich akzeptabel sind, setzen Erfahrungen der Zusammengehörigkeit voraus, über die sich politisch nicht autoritär nach Kassenlage disponieren lässt.

„Wir sind doch alle Europäer“ – das lässt sich sagen, und daran hängt auch viel. Ein potentiell Staatsvolk ist damit nicht beschworen. Transfers von Fördermitteln liegen nahe, und es gibt sie ja längst. Am Plan der Gründung eines europäischen Bundesstaates in der Absicht einer Vergemeinschaftung von Staatshaushaltsdefiziten würde die europäische Einigung aber scheitern. Um das zu erkennen, genügt es, sich zu fragen, wann und wie denn zwischen Finnland und Griechenland, Slowenien und Portugal, Österreich und Frankreich der dafür benötigte politische Konsens sich sollte erreichen lassen. Das ist chancenlos. Sogar in der Vorstellung der Mehrheit der Deutschen geht ein staatlich geeintes Europa nicht über alles.

Die Wahrscheinlichkeit einer neuerlichen Großstaatsbildung nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika nimmt fortschreitend ab. Gewiss: Kein Geringerer als Winston Churchill hatte in seiner berühmten Zürcher Rede vom 19. September 1946 verneint, auf die Katastrophe dieses Krieges seien „United States of Europe“, sei also ein europäischer Bundesstaat die fällige Antwort. Doch das ist es eben: Churchill dachte selbstverständlich an ein staatlich verfasstes Europa, dem Großbritannien selbst gerade nicht angehören sollte.

Churchill hielt damals noch eine globale Pentarchie von Großmächten für möglich, in der mit dem Commonwealth auch Großbritannien als Weltmacht erhalten geblieben sein würde. Stattdessen ist Großbritannien seinerseits in der EU als Mitglied präsent. Solange das so bleibt, sind allein schon aus diesem Grund „Vereinigte Staaten von Europa“ undenkbar. Im erfolgreichen Widerstand Großbritanniens gegen die Aufnahme des Begriffs namens „federal“ in die Texte des europäischen Vertragswerks spiegelt sich das.

Wer braucht neue Großstaaten?

Deutschland, gewiss, ist das Land des beharrlichsten, gelegentlich sogar beflissenen europäischen Einigungssehns, und das aus einsichtigen Gründen. Nächste der Aufnahme in die Nato – der wichtigsten Antwort des Westens auf die Herausforderung des Kalten Krieges – ist es die Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften gewesen, die Deutschland nach dem Ende der NS-Diktatur, überraschend schnell sogar, Stand und Geltung unter den Nachbarstaaten, ja, in der Weltpolitik neu gewinnen ließ, und nicht zuletzt im Verhältnis zu Frankreich gilt das.

Das ist unvergessen. Gleichwohl heißt das nicht, dass Frankreich und Deutschland im Willen verbunden wären, die „immer engere“ Gemeinschaft der Länder Europas schließlich in einem Föderalstaat aufgehen zu lassen. Das anzunehmen wäre ein tiefes Missverständnis der Interessen, die Frankreich auch im Verhältnis zu Deutschland für eine stabile EU eintreten lassen.

Ein einziger Aspekt genügt, um das zur Evidenz zu bringen. Wäre es denn denkbar, dass Frankreich, gar einvernehmlich mit Großbritannien, seinen weltpolitischen Rang als Veto-Macht im Weltwirtschaftsrat zugunsten eines völkerrechtlich souveränen Föderalstaats „Europäische Union“ aufgibt? Eine Antwort erübrigt sich. Ganz unabhängig vom europapoliti-

schen Missverständnis im Eifer, völkerrechtliche Souveränität und uneingeschränkte Selbstverantwortlichkeit in einen Superstaat namens „Vereinigte Staaten von Europa“ endlich „aufzuheben“, widerspricht die Idee eines so benannten Gebildes überdies der Pragmatik der Globalisierung. Globalisierung – das ist der Prozess fortschreitender Expansion unserer kollektiven wechselseitigen Abhängigkeiten. Der Anteil der Lebensvoraussetzungen wächst, für die gilt, dass sie sich entweder einvernehmlich oder gar nicht verschaffen und sichern lassen.

Eben das werde zugleich die Herausbildung neuer Großstaaten erzwingen – so hat man gesagt. Das Gegenteil ist eingetreten. Wie nie zuvor in der neuzeitlichen Geschichte hat sich im vergangenen Jahrhundert die Staatenwelt pluralisiert. Zu den Konsequenzen der Dekolonialisierung gehört das ohnehin. Aber es gilt auch für Europa einschließlich seiner östlichen und südöstlichen Nachbarregionen. Hier erstreckten sich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs die drei Großherrschaftsräume des zaristischen Russland, der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie und des Osmanischen Reiches. In der Konsequenz der Pariser Vorortverträge sowie des sieben Jahrzehnte später sich ereignenden Zerfalls der Sowjetunion mit dem von ihr beherrschten Weltfriedenslager und überdies des Auseinanderbrechens der Vielvölkerstaaten der in der Zwischenkriegszeit sogenannten kleinen Entente hat sich in den zitierten Gebieten die Zahl der Staaten mehr als versiebenfacht.

Die Deutsche Mark war zu gut

Diese neuen Staaten kleiner oder mittlerer Größe sind inzwischen ausnahmslos Mitglieder der Vereinten Nationen und damit völkerrechtlich wirksam in ihrer Unabhängigkeit geschützt. Dabei wäre es Unfug zu sagen, hier breite sich ein neuer, selbstbornierungsträchtiger Nationalismus aus. Historisch-politisch ist hier etwas ganz anderes wirksam, nämlich die ungute Erinnerung an den Mehrheitsnationalismus der Groß-Bundesstaaten, denen man früher einmal anzugehören hatte. Gegen die politische Kraft dieser Erinnerung schlägt auch die Mahnung eines hohen Brüsseler Beamten, der hier ungenannt bleiben soll, nichts, es sei an der Zeit, endlich die europäische Kleinstaatenerei zu überwinden.

Ersichtlich war diese Mahnung von Erinnerungen an die erfolgreich verlaufene Einigung Italiens und Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert geprägt. Es wäre historisch-politisch weltfremd, das auf die aktuelle europäische Einigung übertragen zu wollen. Es bleibt ja richtig: Die Welt wächst zusammen und erzwingt transnationale, ja, supranationale Kooperationen. Genau komplementär dazu verlangt die Komplexität moderner zivilisatorischer Lebensvoraussetzungen wie nie zuvor Kompetenzen politischer Selbstbestimmung in kleinen Räumen. Die Idee einer Europäisierung der Fiskalpolitik will dazu nicht passen.

Auch als Mittel, den Euro vor den Folgen der europäischen Überschuldungskrise zu retten, lässt sich die Idee „Vereinigte Staaten von Europa“ nicht aktualisieren. Der Euro ist ja nicht nur das potentielle Opfer dieser Überschuldungskrise. Der Euro ist zugleich eine ihrer wichtigsten Ursachen. Wieso? Die Schicksale der Euro-Metaphorik machen das sichtbar. Noch zur Zeit der Beschlussfassung über den Maastrichter Vertrag hieß es, die Gemeinschaftswährung werde die „Krönung“ der europäischen Einigung sein. Als wir den Euro bekommen hatten, wurde sein Sinn plötzlich metaphorisch revolutioniert. Statt als „Krönung“ sollte der Euro als „Motor“ der Unionsbildung taugen.

Damit waren dem Euro zweieinhalb angehängt, die er gemäß der überaus empfindlichen Natur des Geldes gar nicht haben kann. Schon der seinerzeit unausgesprochen gebliebene Hauptzweck des Euro hat sich inzwischen ökonomisch als schadensträchtig erwiesen. Nachdem die deutsche Wiedervereinigung sich nicht mehr verhindern ließ, sollte wenigstens noch die Deutsche Mark aus ihrer in Europa sich ausbreitenden Ankerwährungsstellung vertrieben werden. Weil man das nicht öffentlich sagen konnte, wurde der Euro rhetorisch zum Friedensgaranten ernannt. Jetzt rächt sich die politische Überlastung der nützlichen Funktion, die ein Währungsverbund geeigneter Staaten tatsächlich hätte haben können. Die Deutschen leiden jetzt an den Folgen der ökonomisch seltsamen Unternehmung, eine Währung durch eine neue Währung nicht deswegen zu ersetzen, weil sie schlecht war, sondern weil sie vergleichsweise zu gut war.

Hätte sich das nicht vorhersehen lassen? Doch, und man hat es vorhergesehen – so zum Beispiel der Schweizer Handels- und Industrieverband, der 1996 verlauten ließ, der Nutzen einer sich auf die währungspolitisch starken europäischen Länder beschränkende Gemeinschaftswährung bläube gering, der Schaden einer großen Währungsunion werde hingegen beträchtlich sein. Inzwischen ist er so groß, dass er die Idee, zur Abwendung dieses Schadens endlich die Europäische Union zu „Vereinigten Staaten von Europa“ zu erheben, endgültig chancenlos macht.

Hermann Lübke ist emeritierter Ordinarius für Philosophie und politische Theorie der Universität Zürich. Zuletzt erschien die Buch „Hermann Lübke im Gespräch“ (Paderborn 2010).